



Christine Lambrecht
Mitglied des Deutschen Bundestages

Deutscher Bundestag, PLH 7.745, 11011 Berlin

Tel.: (030) 227 – 73 286

Fax: (030) 227 – 70 286

 christine.lambrecht@bundestag.de

 www.christine-lambrecht.de

Presseinformation

Das Märchen von der billigen Kernenergie

**Berlin, 21. Juli 2008 - Anlässlich der Berichterstattungs-
gespräche zur Wiederaufarbeitungsanlage Karlsruhe
(WAK) erklärt die Bergsträßer Bundestagsabgeord-
nete Christine Lambrecht (SPD):**

Drei Millionen Euro kostet der "Nullbetrieb" der Wiederaufarbeitungsanlage Karlsruhe (WAK) den Steuerzahler Monat für Monat. Insgesamt wurden zwischenzeitlich über 1,325 Milliarden Euro für den Rückbau einer Anlage verausgabt, deren Technik nie zum Einsatz kam. Die Gesamtkosten für die Stilllegung der WAK sollen sich - ohne die Endlagerung des hochradioaktiven Mülls - nach der neuesten, vom Bundesforschungsministerium vorgelegten Schätzung auf 2,17 Milliarden Euro belaufen. Diese Zahlen belegen nachdrücklich das Märchen von der ach so billigen Atomenergie.

Vor zwei Jahren bezifferte das Bundesforschungsministerium (BMBF) die Kosten für den sicheren Rückbau aller Forschungsreaktoren - ohne Endlagerung - auf drei Milliarden Euro. Zwei Haushalte mit 182 und 195 Millionen Euro im entsprechenden Titel weiter, beläuft sich der Mittelbedarf noch immer auf die gleiche Summe. Das BMBF muss sich daher jenseits der kritisch fragen lassen, welche wesentlichen Fortschritte in der Zwischenzeit bei einzelnen Projekten wie der Kostenanstieg WAK, dem Mehrzweckforschungsreaktor (MZFR) oder bei der Kompakten Natriumgekühlten Kernreaktoranlage (KNK II) in Karlsruhe erreicht wurden.

1,267 Milliarden Euro müssen jetzt an neuen Verpflichtungsermächtigungen im Bundeshaushalt 2009 ausgewiesen werden, um den kompletten Stilllegungsbereich des Forschungszent-



Christine Lambrecht
Mitglied des Deutschen Bundestages

Deutscher Bundestag, PLH 7.745, 11011 Berlin

Tel.: (030) 227 – 73 286

Fax: (030) 227 – 70 286

 christine.lambrecht@bundestag.de

 www.christine-lambrecht.de

Presseinformation

rums Karlsruhe an eine bundeseigene GmbH zu übertragen. Es ist richtig, die bislang verdeckten Kosten für die Beseitigung von atomaren Versuchsanlagen bei dem Helmholtz-Zentrum nun offen auszuweisen. Klar ist aber auch, dass es mit immer neuen Nachschlägen zum Nachschlag beim Rückbau der Reaktoren nicht weitergehen kann. Auf Druck der SPD-Bundestagsfraktion hat der Haushaltsausschuss daher beschlossen, die Rechenschaftspflichten des Bundesforschungsministeriums bei den atomaren Altlasten deutlich zu erweitern: Der Ausschuss ist künftig zeitnah über den Fortgang des Genehmigungsverfahrens und den Start des Verglasungsbetriebes bei der WAK zu informieren. Das BMBF hat alle erforderlichen Anstrengungen zu wie insbesondere den unternehmen, die Meilensteine für den Rückbau sicherzustellen. Er Beginn des Verglasungsbetriebes im Januar 2009 ist zudem über die Übertragung des weiteren Stilllegungsbereichs in Karlsruhe und die avisierten Projektenden im Detail zu informieren.